



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/163 - 17.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Südweststaat und Parteien	S. 1
Das Ergebnis des Mailänder Gewerkschafts- Kongresses	S. 3
Wie Hitler Amerika zur Atombombe verhalf	S. 4

Südweststaat und Parteien

Allmählich rüstet man sich in den drei südwestdeutschen Ländern zum Endkampf um den Südweststaat oder zur Wiederherstellung der beiden alten Länder Württemberg und Baden. Vergegenwärtigt man sich bei dieser Gelegenheit noch einmal das Ergebnis der unverbindlichen Volksbefragung vom 24. September v. J., bei der sich drei Stimmbezirke (Nord-Württemberg, Süd-Württemberg und Nord-Baden) mit Mehrheit für die Bildung eines Südweststaates aussprachen und nur der Stimmbezirk Süd-Baden für die Wiederherstellung der alten Länder eintrat, so scheinen die Bundestags-Beschlüsse vom vergangenen Frühjahr über die Durchführung des Volksentscheids das endgültige Ergebnis gewissermaßen schon vorausgenommen zu haben. Diese Vermutung entspricht aber keineswegs den Tatsachen, da in den beiden badischen Stimmbezirken Überraschungen nicht ausgeschlossen sind. In beiden Bezirken war im vergangenen Herbst die Mehrheit für bzw. gegen den Südweststaat nur recht knapp, in Nord-Baden stand das Verhältnis 56 zu 44, in Süd-Baden 60 zu 40. Da sich in beiden Stimmbezirken zusammengezählt aus dieser Konstellation bekanntlich eine recht knappe Mehrheit für Alt-Baden ergab, glaubte Staatspräsident Wohleb bereits am Ziel seiner Wünsche zu sein.

In der Zwischenzeit dürften sich im gesamtbadischen Gebiet wesentliche Strukturverschiebungen kaum ergeben haben, vor allem

weil sich der Zustrom von Flüchtlingen in mäßigen Grenzen hielt. In Südbaden wird Wohleb daher auch am 16. September 1951 eine Mehrheit für seine Konzeption erhoffen. Die Propaganda der Alt-Badener richtet sich zielbewußt darauf, Nord-Baden für ihre Sache zu erobern und die im vergangenen Herbst festgestellte Mehrheit für den Südweststaat zu beseitigen. Der vorige Wahlkampf wurde von ihnen hauptsächlich mit Argumenten der Sentimentalität bestritten. In diesem Jahr zeigt sich daneben ganz offenkundig das Bestreben, die rein sachliche Entscheidung der Wähler in eine parteipolitische umzumünzen. In dieser altbadener Perspektive dient die ganze Kampagne für die Errichtung eines Südweststaats der "machtlüsternen SPD" nur zu dem Vorwand, ihren Einfluß zu verstärken und die CDU auszumanövrieren. Wir wollen diese unsinnige Unterstellung einmal ernstnehmen und die Antwort darauf geben, wie sie den tatsächlichen Verhältnissen im deutschen Südwesten entspricht.

Durch einen blinden Zufall wurden im Jahre 1945 die Demarkationslinien zwischen der französischen und amerikanischen Zone so abgesteckt, wie sie etwa den konfessionellen Grenzen der Reformation entsprechen. So trennten die Interessen der Besatzungsmächte sowohl in Baden wie in Württemberg den mehr protestantischen Nordteil vom überwiegend katholischen Süden. Nur so ist es zu verstehen, wenn die CDU heute in Tübingen der ausschlaggebende Koalitionspartner ist, in Freiburg dagegen sogar aufgrund ihrer absoluten Mehrheit bei den Landtagswahlen von 1947 allein die Regierung bildete. Diese einseitige konfessionelle Vormacht, die bis heute natürlich sehr entscheidend Gesetzgebung wie Kulturpolitik in Süd-Baden wie in Süd-Württemberg bestimmte, würde in jedem Falle wesentlich geschwächt: ob sich nun die Wähler am 16. September für einen Südweststaat oder für die Wiederherstellung der alten Länder aussprechen. Es wäre also überaus fraglich, ob Herr Wohleb auch bei einer Wiederherstellung Gesamt-Badens seinen kurulischen Sessel von Freiburg nach Karlsruhe hinüberretten könnte. Auch in Baden allein sind die Chancen der Sozialdemokratie bestimmt nicht als schlecht zu bezeichnen, da sogar in den südbadischen Stimmbezirken ziemlich eindeutig mit einer Gewichtsverlagerung nach Links zu rechnen ist.

Dr. Klaus-Peter Schulz

Das Ergebnis von Mailand

v.S., Mailand, Mitte Juli

Es war ein etwas gewagtes Unternehmen, den zweiten Weltkongreß der neuen Gewerkschaftsinternationale gerade in einem der ganz wenigen Länder außerhalb des Eisernen Vorhanges abzuhalten, wo die Mehrheit der Arbeiterschaft noch einer gewerkschaftlichen Organisation angehört, die der kommunistischen "Weltföderation" angeschlossen ist. Störungsversuche der Kommunisten sind völlig ausgeblieben, sie wären ihnen auch nicht gut bekommen, denn dafür hätte die Polizei schon gesorgt. Obgleich aber im Rahmen der Tagung Massendemonstrationen stattfanden, wie zum Beispiel eine Kundgebung auf dem riesigen Dom-Platz in Mailand, zu der schätzungsweise 100000 Teilnehmer aus ganz Nord-Italien, und sogar aus weiter südlich gelegenen Provinzen erschienen waren, hat sich die Presse des Landes um die Tagung nur wenig gekümmert, sogar die großen Mailänder Blätter behandelten sie nur in ihrem lokalen Teil. Die kurz zuvor abgeschlossene Frankfurter Tagung der neuen Sozialistischen Internationale hat selbst in den kleineren Blättern fast mehr Raum und Anklang gefunden.

Auch sonst ist Mangel an Publizität eines der Hauptübel, unter denen der Internationale Gewerkschaftsbund leidet, seitdem durch den Beschluß seines ersten Weltkongresses sein Sitz in Brüssel errichtet wurde, einer Stadt mit gewiß vielen Vorteilen, die aber von der Weltpresse ziemlich abgeschnitten ist, verglichen z.B. mit Paris, London oder sogar Rom und Genf. Deshalb trugen sich die amerikanischen Delegationen in Mailand mit dem Gedanken, die Verlegung des Sitzes nach Paris zu beantragen, ließen sich aber dann überzeugen, daß der Umzug solch einer bereits ausgewachsenen Organisation mit Kosten verbunden wäre, die man angesichts der anderen für den Ausbau der Gewerkschaften in allen Teilen der Welt vorgesehenen Ausgaben nicht aufbringen könnte.

Auch der Mailänder Kongreß schloß mit der Annahme von Beschlüssen und Resolutionen ab, die so also hauptsächlich nur in den Fachzeitschriften der Bewegung abgedruckt werden. Dieses

unveränderte Schicksal haben nun die wichtigsten und ausgezeichneten Erklärungen des Weltkongresses zu den Problemen des Totalitarismus, des Friedens, der Vollbeschäftigung usw. erlitten.

Unter allen Umständen aber sollte sich die Presse zum Mittler der Antwort machen, die der Kongreß dem heuchlerischen Angebot einer Zusammenarbeit erteilte, das ihm von der kommunistischen "Weltföderation" zugegangen war. Die jetzt in Wien unter russischem Schutz etablierten Herren hatten gehofft, Zwietracht unter den Delegierten in Mailand zu stiften und die von ihnen erwartete schroffe Ablehnung nachträglich propagandistisch ausschlichten zu können. Es gab jedoch keinen Einzigen unter den Delegierten aller Rassen und aller Erdteile, der nicht sofort den Zweck dieses neuen "Einheitsfront"-Manövers durchschaute. Die Antwort wurde zu einem vernichtenden Dokument der Anklage gegen die von Moskau dirigierte Kräfte, die durch ihre Unterstützung des aggressiven Sowjet-Imperialismus Schuld daran tragen, daß die freie Welt gegenwärtig einen wesentlichen Teil ihrer materiellen Kräfte und Mittel den Verteidigungsanstalten anstatt der Hebung des Wohlstandes der Menschheit widmen muß. Der Mailänder Kongreß hat gewaltige - und nach sachverständiger Berechnung noch immer unzureichende - Mittel für die Einrichtung, die Schulung und den Ausbau der freien Gewerkschaften in allen Teilen des Erdballs bewilligt. Es wäre eine nützliche Anwendung, wenn unter der ersten Maßnahme dieses schlagende Dokument in alle Sprachen übersetzt und der Arbeiterschaft der Welt bis in die fernsten Winkel zugänglich gemacht würde.

+ + +

Der Fall L i s e M e i t n e r

Wie Hitler sich der besten Atom-Forscherin entledigte

Dr. Sch. Als einer der besten "Treppenwitze der Weltgeschichte" verdient festgehalten zu werden, daß das vom Rassenfanatismus Ad*lf Hitlers besessene "Dritte Reich" selbst dazu beigetragen hatte, daß die von ihm propagandistisch mißbrauchte "Wunderwaffe", die Atombombe, nicht von Deutschland, sondern im letzten Augenblick noch von den Vereinigten Staaten eingesetzt werden konnte. Obwohl Hermann Göring gelegentlich verkündete: "Wer Jude ist, bestimme

ich!" und damit vergeblich die Vertreibung des als Gas- und Atomforscher um die deutsche Abwehrkraft im chemischen Krieg bemühten Professors Fritz Haber aus "rassischen" Gründen zu hindern versuchte, gelang es den Berliner Rassefanatikern, die jüdischen Forscher und Forscherinnen des Kaiser Wilhelm-Institutes in Berlin-Dahlem samt ihren einmaligen Fachkenntnissen dem "feindlichen" Ausland in die Arme zu treiben!

So berichtet darüber das ehemalige Mitglied des Internationalen Gasschutzkomitees vom Roten Kreuz, Dr. Rudolf Hanslian, daß schon vor der "Machtergreifung" die Führung der internationalen Atomforschung bei Professor Otto Hahn und seiner "genialen Mitarbeiterin" Lise Meitner, lag. Den beiden gelang im Erdgeschoß des Kaiser Wilhelm-Institutes für Chemie in Berlin-Dahlem die erste künstlich gelenkte Zertrümmerung von Atomen und damit die Voraussetzung zur Konstruktion der Atombombe. Lise Meitner mußte kurz vor dem Höhepunkt ihrer wissenschaftlichen Laufbahn, auf die Anweisung eines lokalen Dahlemer Nazi-Funktionärs, ihr Laboratorium verlassen.

Die Folgen waren für die deutsche "chemische Rüstung" geradezu katastrophal! Frau Meitner wurde mit Freuden im Forschungsinstitut des Professors Niels Bohr in Kopenhagen aufgenommen, wo sie ihre Dahlemer Erfolge mit Dr. Frisch, der ebenfalls aus "rassischen" Gründen vertrieben worden war, weiter vervollkommnete. Von Niels Bohr wurde Frau Meitner nach den Vereinigten Staaten mitgenommen, wo sie mit Einstein und dem Atomforscher John Wheeler bekannt wurde. Unter ihrer Mitarbeit wurde die erste "Kettenreaktion" der Atome erzeugt, die erste "Uranbatterie" in USA gebaut und unter Leitung des in Deutschland ebenfalls rassistisch verfeimten Professors Dr. Oppenheimer die Atombombe für Hiroshima und Nagasaki hergestellt.

Das "Dritte Reich" wäre also, falls es nicht im Mai 1945 im "freien Feld" hätte kapitulieren müssen, durch Atombomben vernichtet worden, deren geistige Väter es selbst aus Berlin zum "Feind" hinübergejagt hatte!